

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Wilhelm Krelle

Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch  
abgestimmtes Verhalten von Regierung,  
Gewerkschaften und Bundesbank

11. Jg./1978

**3**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de): (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de): (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de): Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch abgestimmtes Verhalten von Regierung, Gewerkschaften und Bundesbank

Wilhelm Krelle

In dem Artikel wird gezeigt, daß die Arbeitslosigkeit, die jetzt alle Industrieländer betroffen hat, durch veränderte Verhaltensweisen von Nachfragern sowie durch Änderung im Lohn- und Preisverhalten von Gewerkschaften und Unternehmern zu erklären ist. Der reale Beschäftigungsmultiplikator zusätzlicher Staatsausgaben kann je nachdem, wie der Lohn-Preis-Mechanismus wirkt, sehr verschiedene Werte annehmen. Ein mehr oder weniger großer Teil der Wirkung zusätzlicher Ausgaben kann in einer Erhöhung des Preisniveaus bestehen. In dem Artikel wird im einzelnen analysiert, wovon die Unterteilung des Gesamteffekts von Ausgaben in einen Preis- und in einen Mengeneffekt im einzelnen abhängt. Falls der Preiseffekt größer ist als die Regierung ihn für tragbar hält, werden zusätzliche Ausgaben unterlassen, und damit bleibt die Arbeitslosigkeit bestehen. Auch langfristig gibt es bei einem Lohn-Preis-Mechanismus, wie er sich in den letzten Jahren entwickelt hat, nicht notwendig eine Tendenz zur Vollbeschäftigung. Als Ausweg aus den Schwierigkeiten wird ein abgestimmtes Verhalten aller an der Wirtschaftspolitik Beteiligten vorgeschlagen derart, daß der Lohn-Preis-Mechanismus Raum läßt für zusätzliche Nachfrage, so daß die Inflationswirkung einer zusätzlichen Nachfrage gering, die reale Wirkung hoch ist.

## Gliederung

1. Einführung
2. Einige statistische Fakten
3. Hilft Nachfragesteigerung jedenfalls kurzfristig gegen Arbeitslosigkeit?
4. Ist Arbeitslosigkeit ein langfristiges Problem?
5. Zusammenfassung

### 1. Einführung

Die Welle von Arbeitslosigkeit, die mehr oder weniger alle industrialisierten Länder seit 1973 getroffen hat, war, was Länge, Schwere und zeitliche Übereinstimmung bei allen Industrieländern angeht, bisher einzigartig in der Nachkriegsgeschichte. Wenn man Gegenmaßnahmen ergreifen will, muß man die Ursachen hierfür richtig erkennen. Vielfach wird der ölschock von 1973 als Hauptursache für die Weltrezession angesehen. Die enorme Erhöhung der Ölpreise verlangte einen realen Transfer von Gütern und Leistungen von den Industrieländern an die Ölländer, die darauf folgenden inneren Kämpfe in den Industrieländern um die Verteilung dieser Last auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen stachelte die Inflation an, und die Erdölländer legten einen Teil der ihnen zufließenden Kaufkraft als Geldvermögen still, so daß die reale Nachfrage bei den industrialisierten Ländern um diesen Betrag fiel. Er wird auf etwa 50 Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt, und das ist sicher keine kleine Größe. Wäre diese Deutung richtig, so müßte die ausfallende Kaufkraft z. B. durch interne Nachfragesteigerung bei den Industrieländern ausgeglichen werden, um die Vollbeschäftigung bei den Industrieländern wiederherzustellen.

Das ist das Keynesianische Konzept, dem vor allem die Gewerkschaften zuneigen. Man muß allerdings sehr bezweifeln, ob der Grund für die Arbeitslosigkeit tatsächlich der ölschock von 1973 und die darauf folgenden Schwierigkeiten des Realtransfers für einige Länder ist. Andere Länder haben nämlich den Realtransfer ohne Schwierigkeiten bewerkstelligt, z.B. Japan oder die Bundesrepublik, und sie leiden trotzdem an Arbeitslosigkeit. Das Rezept der Staatshaushaltsdefizite zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit ist z.B. in Großbritannien und Italien in großem Umfang angewandt worden, ohne daß die Arbeitslosenziffern in diesen Ländern etwa dadurch geringer wären als in Ländern ohne diese Poli-

tik. Eher könnte man das Gegenteil feststellen. Stattdessen hat die Nachfrageausweitung dort die Inflation angeheizt.

Die hier vertretene These ist, daß es im wesentlichen geänderte Verhaltensweisen bei der Lohn- und Preisbestimmung sind, die zusammen mit einer auf Inflationsbegrenzung gerichteten Politik von Regierung und Bundesbank eine Gesamtsituation erzeugt haben, die mit Vollbeschäftigung inkompatibel ist. Die Regierung muß angesichts der Inflationsempfindlichkeit der Bevölkerung und im Interesse einer stabilen langfristigen Entwicklung die Inflationsrate begrenzen. Eine andere Politik wäre, jedenfalls in der Bundesrepublik, politischer Selbstmord. Die Bundesbank fühlt sich als Hüterin der Währung ebenfalls diesem Ziel verpflichtet. Eine solche Politik ist aber in Verbindung mit dem Lohnverhalten der Gewerkschaften und dem Preisverhalten der Unternehmer mit Vollbeschäftigung nicht verträglich. Ohne Verhaltensänderungen auf der einen oder anderen Seite besteht auch keine Hoffnung, daß der bisherige Zustand der Arbeitslosigkeit sich bald wesentlich ändert, es sei denn, die Weltmarktnachfrage würde plötzlich wieder stärker zunehmen. Das ist aber im Augenblick nicht zu erwarten, jedenfalls kann man keinen Grund dafür einsehen. Aus eigenen Kräften wird die Arbeitslosigkeit nur durch ein abgestimmtes Verhalten von Regierung, Gewerkschaften und Bundesbank zu beseitigen sein, indem eine Politik der Nachfragesteigerung von Seiten der Privaten und der Regierung verbunden wird mit einer Politik des niedrigen Zinses auf Seiten der Bundesbank und einer Politik der begrenzten nominellen Lohnsteigerung derart, daß die Inflationsrate auf einem genügend niedrigen Niveau bleibt und trotzdem die reale Nachfrage steigt. Die zusätzlich ausgegebenen Milliarden dürfen sozusagen nicht durch eine entsprechende Lohnpolitik in die Taschen der bereits Beschäftigten umgelenkt werden, sondern müssen tatsächlich den Nichtbeschäftigten zugute kommen. Die Verteilungsänderungen sollten dann soweit wie möglich durch Ergebnisbeteiligung auf freiwilliger, tarifpolitischer oder gesetzgeberischer Basis neutralisiert werden.

Im folgenden wird zunächst ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung bei den wichtigsten Welthandelsländern und in der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren gegeben. Hieraus allein lassen sich schon Anhaltspunkte für die Ursachen der jetzigen Arbeitslosigkeit geben. Daraufhin wird analysiert, inwieweit die üblichen Keynesianischen Mittel der Arbeitsbeschaffung bei den jetzigen Verhaltensweisen auf dem Lohn- und Preisgebiet kurzfristig wirksam sind. Es wird sich zeigen, daß die Effizienz solcher Maßnahmen relativ gering, im Extremfall sogar Null sein kann, wenn der Lohn-

Preis-Mechanismus entsprechend strukturiert ist. Der darauf folgende Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, ob auch bei Gleichgewichtswachstum langfristig Arbeitslosigkeit möglich ist und wie man langfristig Arbeitslosigkeit bekämpfen kann. Im Schlußabschnitt werden dann die Folgerungen gezogen. Sie laufen im wesentlichen auf das hinaus, was bereits oben angedeutet wurde.

## 2. Einige statistische Fakten

Bevor man wirtschaftspolitische Folgerungen aus theoretischen Ansätzen in der Ökonomie zieht, soll man sich die Realität vor Augen halten, die man erklären und beeinflussen will. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des realen Sozialprodukts in den wichtigsten Welthandelsländern vom Jahr 1960 ab. Dabei ist der Wechselkurs des Jahres 1970 konstant gehalten worden. Die durch Wechselkursänderungen bedingten relativen Verschiebungen der Sozialproduktentwicklung dieser Länder zueinander sind also ausgeschaltet. Man sieht, daß alle Länder eine starke Aufschwungphase etwa zwischen 1969 und 1973 hatten, der dann die jetzige Rezession folgte. Abbildung 2 zeigt die Preisniveaumentwicklung dieser Länder. Man sieht, daß sich die Inflationsraten ab 1970 erheblich gesteigert haben. Die Abschwächung der Inflationsraten seit 1975 ist in diesem Bild noch wenig sichtbar. Abbildung 3 zeigt die Reallohnentwicklung. Auch hier ist, ähnlich wie bei der realen Produktionsentwicklung, eine „Ausbeulung“ zwischen 1969 und 1973 sichtbar: Der lange Aufschwung dieser Jahre hat zu überdurchschnittlichen Reallohnsteigerungen und erhöhten Inflationsraten geführt. Dieser „Vietnam-Boom“ ist durch hohe internationale Nachfrage und hohe interne Aktivitäten (Straßenbau, Wohnungsbau, Ausweitung des Bildungssystems u.a.) herbeigeführt. Die hohe Korrelation der realen Wirtschaftsentwicklung insbesondere in den europäischen Ländern, aber auch in den USA und Japan zeigt, daß sowohl für den letzten Aufschwung als auch für die jetzige Rezession im wesentlichen die gleichen Kräfte in allen Ländern wirksam sind.

Die folgenden Schaubilder beschäftigen sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik. Abbildung 4 zeigt die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts. Man sieht an Abbildung 5, wie die Arbeitslosenquote sofort mit dem Absinken der realen Wachstumsrate erheblich zunimmt. Mit dem Absinken der Wachstumsrate steigt dann auch sofort die Inflationsrate erheblich an (s. Abbildung 6). Sie folgt damit den nominellen Lohnsteigerungsraten mit einiger Verzögerung (vgl. Abbildung 7). Aus Abbildung 8 ersieht man die Entwicklung der durchschnittlichen Kapital-Arbeits-Relation und des durchschnittlichen Reallohnes. Hierbei wurden, um die Konjunkturschwankungen etwa auszuschalten, sechsjährige laufende Durchschnitte benutzt. Abbildung 9 zeigt schließlich, wie die durchschnittliche Kapitalintensität der Arbeit mit dem durchschnittlichen Reallohn verknüpft ist: Je höher der Reallohn, umso höher die Kapital-Arbeits-Relation. Ein zu hoher Reallohn würde bei einer gegebenen realen Nachfrage eine Kapitalintensität der Produktion veranlassen, die zu Arbeitslosigkeit führt. Schon von hier aus kann man sagen, daß in diesem Fall entweder eine Erhöhung der realen Nachfrage oder eine geringere Reallohnsteigerung oder beides in einem gewissen Umfang kombiniert Arbeitslosigkeit beseitigen könnten. Hierbei ist allerdings der Realzins als konstant angenommen (die ökonomische Theorie führt zu dem Ergebnis, daß bei Substitution von Arbeit und Kapital das Reallohn-Realzins-Verhältnis das Kapital-Arbeits-Verhältnis bestimmt. Bei Abbildung 9 ist der Realzins als konstant betrachtet).

Es ist nicht einfach zu sagen, warum von 1969 bis 1974 eine langdauernde Aufschwungphase bestand, während die Jahre ab 1974 durch Unterbeschäftigung charakterisiert sind. Es spricht einiges dafür, veränderte Verhaltensweisen sowohl bei den Regierungen als auch bei Unternehmern und Gewerkschaften dafür verantwortlich zu machen. Diese werden ihrerseits durch veränderte politische und soziale Anschauungen der Bevölkerung gesteuert. Es gibt Tests, die diese Hypothese bestätigen. Hierauf kann aber in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden.

Im folgenden betrachten wir nun eine geschlossene Volkswirtschaft und fragen nach der Erklärung von Arbeitslosigkeit und den Mitteln zu ihrer Bekämpfung.

## 3. Hilft Nachfragesteigerung jedenfalls kurzfristig gegen Arbeitslosigkeit?

Hier könnte man das übliche Keynesianische Modell jetzt vorführen und damit zeigen, daß die in der Überschrift gestellte Frage mit Ja zu beantworten ist. So einfach liegen die Dinge aber nicht. Keynes hat ja in den ersten Kapiteln seiner „Allgemeinen Theorie“ angenommen, daß Löhne und Preise konstant sind. Er hat das zwar später (im 19. Kapitel) wieder korrigiert und die Ausführung in den ersten Kapiteln nur als erste Approximation, um sozusagen bei der Behandlung des Problems vom Einfachen zum Schwierigen fortzuschreiten, ansehen wollen. Leider lesen die meisten Autoren bei Keynes nicht so weit und nehmen dann den „Keynes der ersten Kapitel“ als den ganzen Keynes. Wir müssen den Lohn-Preis-Mechanismus sofort mitbetrachten, wenn wir zu realistischen Lösungen kommen wollen. Man sieht ja an den Abbildungen 2, 3, 6 und 7, daß Löhne und Preise keinesfalls konstant bleiben und auch „kurzfristig“ nicht als konstant anzusehen sind, jedenfalls, wenn man „kurzfristig“ als „für die Dauer eines Jahres“ ansehen will. Wir wollen nun den Lohn-Preis-Mechanismus so wiedergeben, wie er sich bei ökonometrischen Analysen darstellt. Die Wachstumsrate  $w_1$  des Geldlohnsatzes ist eine lineare Funktion der Inflationsrate  $w_p$ , der Wachstumsrate der realen Produktion  $w_x$ , der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität  $w_\pi$  und eines Machtindex  $\mu_L$  der Gewerkschaften. Letzterer hängt negativ von der Arbeitslosenrate  $u$  ab. Die Größe  $\mu_L$  ist also als eine Funktion  $h$  von der Arbeitslosenrate  $u$  und anderer Größen (z. B. des Organisationsgrades) anzusehen. Wenn wir die Koeffizienten dieser Funktion mit  $\alpha_i$  bezeichnen, können wir als Gleichung zur Bestimmung der Wachstumsrate des Nominallohnes (und zwar des Effektiv-Lohnsatzes, nicht des Tarif-Lohnsatzes) ansetzen:

$$(1) \quad w_1 = \alpha_1 w_p + \alpha_2 w_x + \alpha_3 w_\pi + \alpha_4 \mu_L, \\ \mu_L = h(u, \dots), \quad \frac{\partial h}{\partial u} < 0, \quad \alpha_i \geq 0.$$

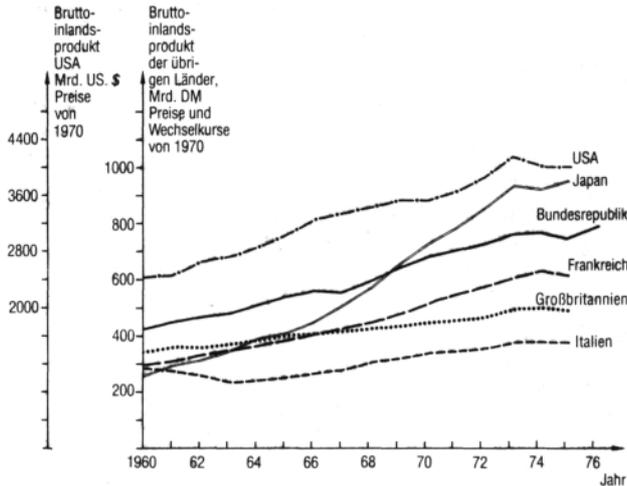
Im folgenden werden wir der Einfachheit halber annehmen:

$$(1a) \quad 0 < \alpha_1 < 1, \quad \alpha_3 = \alpha_4 = 1.$$

Dies stimmt mit den Ergebnissen der ökonometrischen Analyse überein.

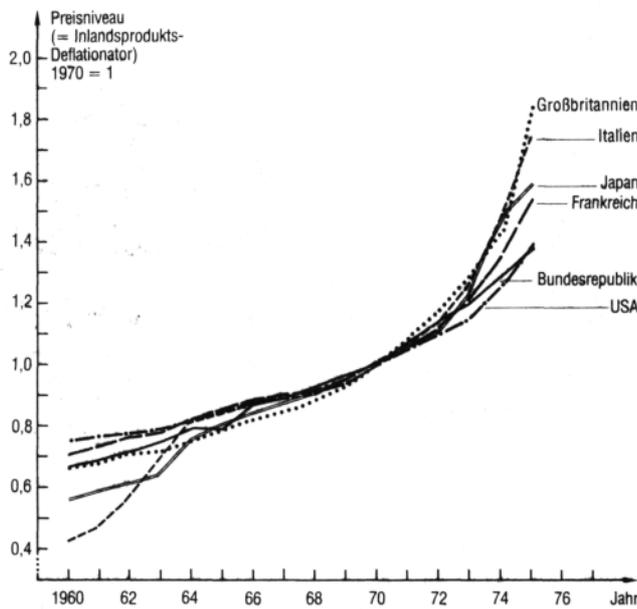
Die Wachstumsrate des Preisniveaus (oder die Inflationsrate)  $w_p$  kann als lineare Funktion der Wachstumsrate  $w_y$  einer Funktion  $\nu$  der Abschreibungsrate  $d$  und des Satzes der indirekten Steuern  $\tau_{ind}$  (so daß  $\nu = 1/1-d-\tau_{ind}$ ) und der Wachstumsrate  $w_{\psi\pi}$  des Verhältnisses von Lohnsatz zu Arbeitsproduktivität, eines Machtindex  $\mu_K$  der Firmen (wobei  $\mu_K$  von dem Monopolgrad  $\mu$  abhängt, zufolge  $\mu_K = 1/1-\mu$ ) und schließlich von einer Größe  $D$  angesehen werden, die den Einfluß eines

**Abbildung 1**



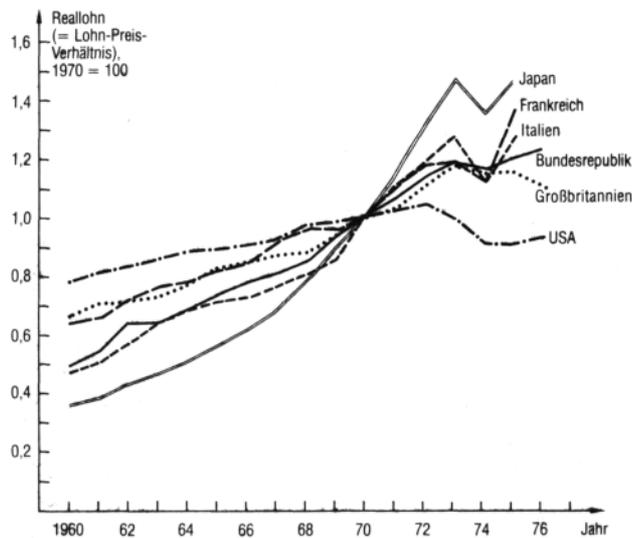
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge.

**Abbildung 2**



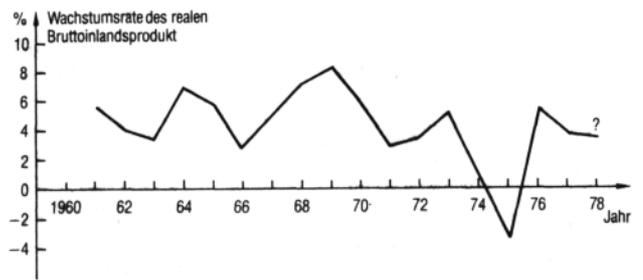
Quelle: Siehe Abb. 1.

**Abbildung 3**



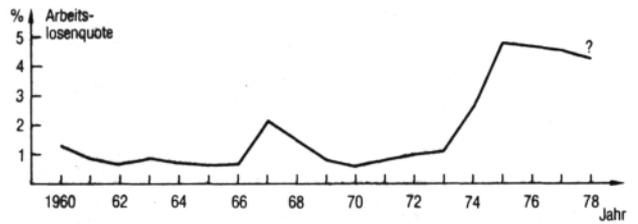
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge.

**Abbildung 4**



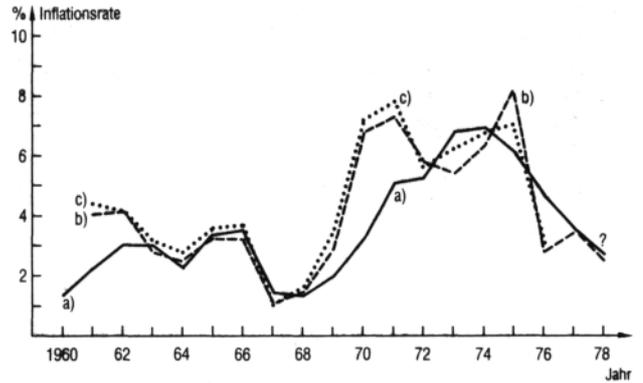
Quelle: Datenbasis, Modell 5.5; nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge.

**Abbildung 5**



Quelle: Datenbasis, Bonner Modell 5.5; nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge.

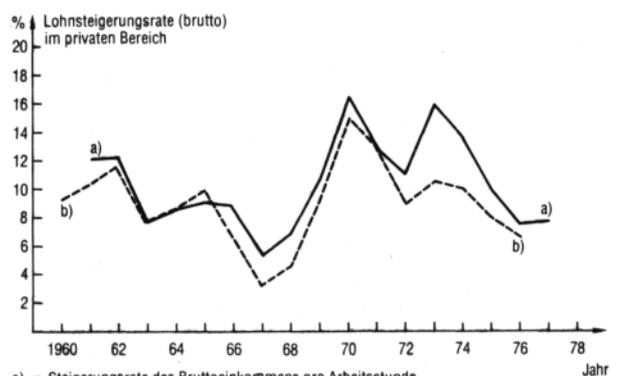
**Abbildung 6**



a) = Preisindex für die Lebenshaltung, mittlere Arbeitnehmerhaushalte  
b) = Deflationator des privaten Bruttoinlandsprodukts  
c) = Sozialproduktdeflationator

Quellen: a) und c) errechnet nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge.  
b) Datenbasis, Bonner Modell 5.5.

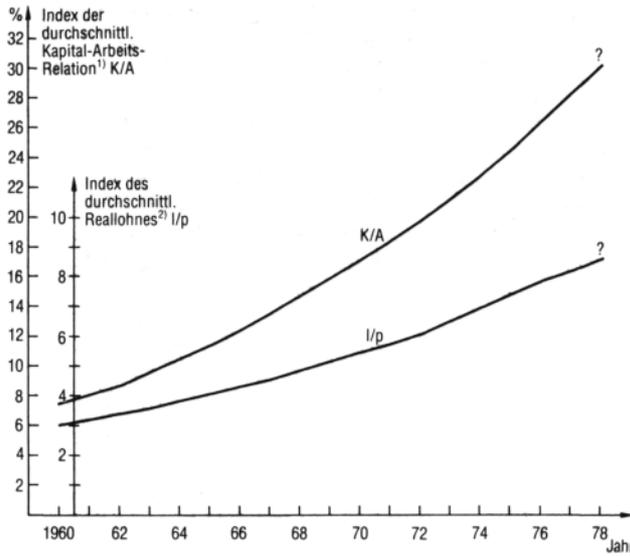
**Abbildung 7**



a) = Steigerungsrate des Bruttoeinkommens pro Arbeitsstunde der Unselbständigen im Bereich der privaten Wirtschaft  
b) = Steigerungsrate des Index der Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie

Quellen: a) = Datenbasis, Bonner Modell 5.5; eigene Berechnungen.  
b) = Statistisches Jahrbuch, verschiedene Jahrgänge.

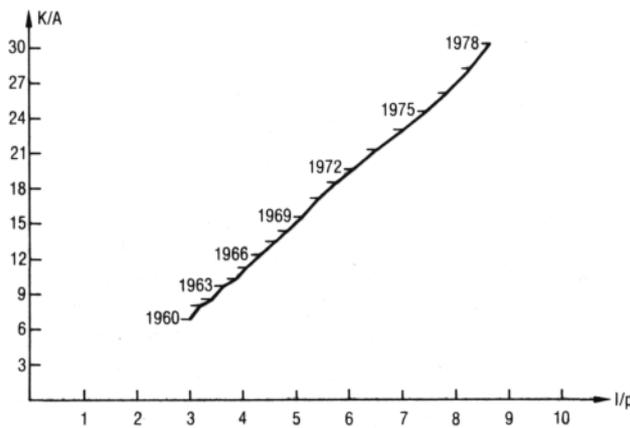
Abbildung 8



Anmerkungen zu Abb. 8

- 1) K wurde errechnet als 6jähriger gleitender Durchschnitt des Bruttoanlagevermögens in der privaten Wirtschaft in Preisen von 1962. Das Bruttoanlagevermögen wurde aus den aggregierten Nettoinvestitionen geschätzt. Zahlen aus der Datenbasis des Bonner Modells 5.5. A ist der 6jährige gleitende Durchschnitt der Arbeitsstunden im privaten Bereich. Zahlen aus der Datenbasis des Bonner Modells 5.5.
- 2) Der Lohnsatz l ist das Bruttoeinkommen pro Arbeitsstunde der Unselbständigen im privaten Bereich. p ist der Deflator des privaten Bruttoinlandsprodukts. Der Index des durchschnittlichen Reallohn ist der 6jährige gleitende Durchschnitt von l/p. Zahlen aus der Datenbasis des Bonner Modells 5.5.

Abbildung 9



Quelle: Siehe Abb. 8.

Nachfragedrucks auf die Preise angibt. D kann gemessen werden als Monopolgrad: z.B.  $D = x/x^*$ , wenn x die reale Produktion und  $x^*$  die reale Produktionskapazität angibt. Wenn die Koeffizienten dieser Preisgleichung mit  $\beta_i$  bezeichnet werden, so hat man als Preisbestimmungsgleichung:

$$(2) \quad w_p = \beta_1 \cdot w_v + \beta_2 w_{1/\pi} + \beta_3 \cdot \mu_K + \beta_4 \cdot D, \quad \beta_i \geq 0.$$

Wir werden im folgenden jeweils

$$(2a) \quad \beta_1 = \beta_2 = \beta_3 = 1$$

setzen, in Übereinstimmung mit den entsprechenden ökonomischen Schätzungen. Damit ist der Lohn-Preis-Mechanismus, wie ich meine, realistisch dargestellt. Änderungen im Lohn-Preis-Verhalten zeigen sich jetzt in Änderungen der Parameter  $\alpha$  und  $\beta$ .

Der Nachfragemechanismus kann nun in einfacher Form nach dem Vorbild von Keynes kurzfristig durch eine Multiplikatorrelation bestimmt werden:

$$(3) \quad x = (Y^{\text{real}} + \frac{Y}{p}) / \rho,$$

wobei x die reale Produktion,  $Y^{\text{real}}$  die für diese Periode maßgebliche vorherbestimmte reale Nachfrage, Y die für diese Periode maßgebliche nominelle Nachfrage, p das Preisniveau und  $1/\rho$  der Multiplikator ist. Letzterer kann für die kurze Frist als konstant angesehen werden. Wir müssen, wenn wir einigermaßen realitätsnahe bleiben wollen, zwischen einer Nachfrage  $Y^{\text{real}}$  und zwischen einer monetären Nachfrage Y unterscheiden. Die erstere Nachfrage umfaßt die Nachfragegrößen, über die real zu Beginn der Periode entschieden ist (z.B.: es sollen x Maschinen in dieser Periode angeschafft werden, wie hoch dann auch immer der Preis der Maschinen sein möge). Y ist die Nachfrage, über die zu Anfang der Periode nur geldmäßig entschieden ist (z.B.: Es sollen für x Millionen DM Maschinen gekauft werden). Sind die Maschinen teurer, können in diesem Jahr entsprechend weniger Maschinen angeschafft werden). Wir können kurzfristig die Beschäftigung L als proportional zur realen Produktion x ansehen:

$$(4) \quad L = g \cdot x,$$

g ist ein Proportionalitätsfaktor. Bei entsprechender Normierung von Arbeit oder Produkt kann auch  $g=1$  gesetzt werden. Damit ist unser kleines Modell schon vollständig. Aus (1) und (2) folgt ein Zusammenhang zwischen Preis- und Produktionsniveau der folgenden Art:

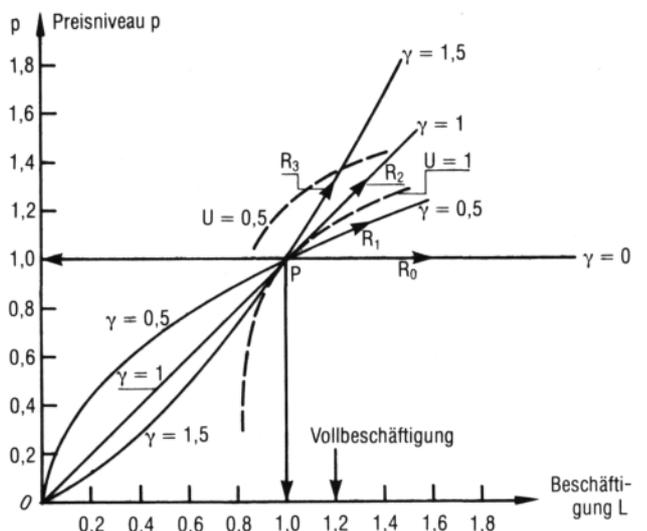
$$(5) \quad p = A \cdot x^\gamma, \quad \gamma = \alpha_2 / (1 - \alpha_1), \quad A = [\nu \cdot \mu_K \cdot \mu_L \cdot D^{\beta_4}]^{1/(1-\alpha_1)},$$

A eine wohlbestimmte Funktion der Parameter und Variablen  $\mu_L, \mu_K$  und D in den Gleichungen (1) und (2). Substituiert man den Ausdruck für das Preisniveau nach Gleichung (5) in Gleichung (3), so erhält man eine implizite Funktion für die Bestimmung von Produktion und damit auch Beschäftigung:

$$(6) \quad x^{1+\gamma} - \frac{Y^{\text{real}}}{\rho} \cdot x^\gamma - \frac{Y}{A \cdot \rho} = 0.$$

Die partiellen Ableitungen nach  $Y^{\text{real}}$  bzw. Y sind positiv, und der „nominelle Multiplikator“  $L/Y$  ist stets kleiner als der „reale Multiplikator“  $L/Y^{\text{real}}$ . Eine zusätzliche Nachfrage wird, wenn  $\gamma > 0$  ist, stets auch das Preisniveau erhöhen und insofern den realen Effekt einer zusätzlichen Ausgabe erniedrigen. Abbildung 10 zeigt dies graphisch. Dargestellt ist die Beziehung zwischen Beschäftigung L und Preisniveau p

Abbildung 10



nach Gleichung (4) und (5) für den Fall  $g=1$  und  $\gamma=0$  (d.h.: die Lohnsteigerungsrate hängt nicht von der Wachstumsrate des Sozialprodukts ab),  $\gamma=0,5$  und  $\gamma=1,5$ . Je größer  $\gamma$  ist, umso größer ist der Einfluß eines realen Sozialproduktwachstums und einer Steigerung der Preise auf die Lohnrate. Falls Preisniveau und tatsächliche Beschäftigung so normiert sind, daß beide den Wert 1 ergeben, befindet sich die Wirtschaft in Abbildung 10 beim Punkt P. Falls durch Mehrnachfrage die Beschäftigung ausgedehnt wird, bewegt sich die Wirtschaft in die Richtungen  $R_0, R_1, R_2, R_3$ , je nach der Größe von  $\gamma$ . Wenn die sozialen Indifferenzkurven wie in Abbildung (10) verlaufen ( $U=1$  bzw.  $U=0,5$ ), d.h. wenn die Politiker die Ansichten der Mehrzahl der Bevölkerung so einschätzen, daß die auf den betreffenden Nutzenkurven liegenden Punkte als gleich gut angesehen werden, wird die Regierung jede nachfragesteigernde Maßnahme unterlassen, wenn  $\gamma=1$ , oder  $\gamma=1,5$  gilt, d.h., wenn das Preisniveau durch den Lohn-Preis-Mechanismus bei Beschäftigungssteigerungen relativ stark reagiert. Die Pfeile  $R_2$  und  $R_3$  weisen ja in Richtung auf ein niedrigeres Nutzenniveau für die Gesamtheit. Die Gesamtheit fühlt sich durch die Preissteigerung und damit die Entwertung ihres Geldvermögens stärker betroffen, als sie den Nutzen aus der zusätzlichen Beschäftigung einschätzt. Bei niedrigerem  $\gamma$  ( $\gamma=0,5$  oder  $\gamma=0$ ) tritt das Umgekehrte ein: Die Gesellschaft nimmt die relativ geringen Preisniveausteigerungen zugunsten der größeren Beschäftigung in Kauf. Die Pfeile  $R_1$  bzw.  $R_0$  zeigen in Richtung auf ein höheres Nutzenniveau für die Gesamtheit. In einer Demokratie, bei der die Regierung von der Beurteilung durch die Wähler abhängt, wird eine Regierung nachfrageausweitende Maßnahmen, die zu Vollbeschäftigung jedenfalls kurzfristig führen können, dann unterlassen, wenn ihr die dadurch veranlaßte Preisniveausteigerung bei der nächsten Wahl das Genick bricht.

Was sagt unser kleines Modell über die kurzfristigen Wirkungen von Lohnsenkungen? Stimmt die Behauptung der Gewerkschaften, daß höhere Löhne auch mehr Beschäftigung bedeuten, oder stimmt die Meinung des Sachverständigenrates im Jahresgutachten 1977/78, daß das Umgekehrte zutrifft? Höhere Lohnsteigerungsrate werden in diesem Modell veranlaßt durch eine größere Macht der Gewerkschaften, d.h. durch steigendes  $\mu_L$ . Wie man leicht nachrechnet, ist nach (4) und (6):  $\partial L / \partial \mu_K = g \cdot \partial x / \partial \mu_K \leq 0$ . Kurzfristig können also höhere Löhne nicht zu höherer Beschäftigung führen, im allgemeinen wird sogar das Gegenteil eintreten. Der Effekt ist Null, wenn  $Y=0$  ist, d.h. wenn alle exogene Nachfrage reale Nachfrage ist. Es ist schwer zu sagen, welcher Anteil der Endnachfrage real und welcher monetär festgelegt ist. Da wir in unserem kleinen Modell weder die Unsicherheit, noch Umverteilungseffekte auf die Nachfrage, noch Spekulationseffekte berücksichtigt haben (und diese Effekte wirken eher in der umgekehrten Richtung), ist es vernünftig, zu sagen, daß mit der Lohnpolitik generell keine Beschäftigungspolitik getrieben werden kann. Das simple Kaufkraftargument, was man immer wieder hört, ist allerdings einfach falsch. Dadurch, daß Firmen den Arbeitern mehr Löhne zahlen, kann allein niemals mehr reale Kaufkraft entstehen. Die Firmen bekommen ja im besten Falle das zurück, was sie vorher den Arbeitern ausgezahlt haben, und im allgemeinen weniger, da die Arbeiter ja auch sparen. Die Mehrnachfrage muß vielmehr von außen kommen, wenn sie nachfragewirksam sein soll. Zu starke Lohnsteigerungen wirken deswegen beschäftigungsmindernd, weil sie den Spielraum für eine Nachfragepolitik von seiten des Staates und der Zentralbank einengen, wenn die Inflationsraten begrenzt sein sollen. Zu hohe und natürlich noch mehr stets steigende Inflationsraten behindern aber jede vernünftige Kalkulation und zerstören am Ende das

marktwirtschaftliche System. Relativ niedrige Lohnsteigerungsrate geben also Raum für beschäftigungspolitische Maßnahmen von Staat und Zentralbank, und insofern besteht ein Zusammenhang zwischen Lohnsteigerungsrate und Beschäftigung.

Es ist vielleicht interessant, noch zwei Extremfälle zu betrachten. Falls  $\alpha_1=\alpha_2=\alpha_4=0$  und  $\alpha_3=1$  in Gleichung (1), d.h. falls die Löhne so wie die Arbeitsproduktivität steigen, und falls  $w, \mu_K, D$  in Gleichung (2) konstant sind und  $\beta_2=1$ , so sind Löhne und Preise kurzfristig konstant. Wir haben dann eine typisch keynesianische Situation. Die Beschäftigungsmultiplikatoren sind jetzt größer als früher bei beweglichen Preisen und Löhnen. Wir befinden uns in Figur 10 auf der Linie  $\gamma=0$ . Vollbeschäftigungsmaßnahmen sind also stets von Vorteil: Die Wirtschaft bewegt sich vom Punkt P in Richtung  $R_0$ .

Betrachten wir einen anderen Extremfall: Die Lohnsteigerungsrate soll gleich der Steigerungsrate des nominellen Sozialprodukts sein, d.h.:  $\alpha_1=\alpha_2=1, \alpha_3=\alpha_4=0$  in Gleichung (1). Wenn jetzt alle exogene Nachfrage nur nominell, nicht real vorgegeben ist ( $Y^{real}=0$ ), erhält man aus (3) das Ergebnis, daß die reale Produktion unabhängig von der Nachfrage ist: Der reale Multiplikator ist Null, die Nachfragewirkung geht allein in die Preise. Dies ist sicher ein Extremfall. Wenn man sich allerdings die Statistiken von Lohn-Wachstumsraten und Wachstumsraten des nominellen Sozialprodukts in der Vergangenheit ansieht, so bemerkt man eine hohe Korrelation. Es ist also nicht absurd anzunehmen, daß ein relativ großer Teil einer zusätzlichen Nachfrage statt die Produktion anzuregen nur die Preise erhöht. Ob dies zutrifft oder das andere Extrem, bei dem alle Nachfrage nur real und nicht auf das Preisniveau wirkt, hängt von den Parametern der Preis- und der Lohngleichung ab.

Die in der Überschrift gestellte Frage, ob eine Nachfragesteigerung jedenfalls kurzfristig Arbeitslosigkeit beseitigt, kann also nur bedingt bejaht werden. Der Lohn-Preismechanismus kann so beschaffen sein, daß die Nachfrageausweitung nur inflationistische und gar keine reale Beschäftigungswirkung hat. Das ist aber ein Extremfall. In aller Regel wird eine Nachfrageausweitung auch die Beschäftigung erhöhen. Allerdings kann die Beschäftigungssteigerung begleitende Inflationssteigerung so groß sein, daß sie als schädlicher angesehen wird, als die Beibehaltung einer gewissen Arbeitslosigkeit, insbesondere dann, wenn für die Arbeitslosen einigermaßen gut gesorgt ist. Der hier vorgeschlagene Ausweg ist die Änderung des Lohn-Preismechanismus derart, daß eine Nachfrageausweitung vorwiegend die Beschäftigung steigert und nicht die Preise hochtreibt.

#### 4. Ist Arbeitslosigkeit ein langfristiges Problem?

Auch die Klassiker und Neoklassiker haben nie abgestritten, daß das ökonomische System kurzfristig Arbeitslosigkeit zuließe. Dagegen haben sie, anders als z.B. Marx, Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung, soweit sie über den normalen Grad von Fluktuations- und Reibungsarbeitslosigkeit hinausgeht, bei reagiblen Preisen und Löhnen für unmöglich angesehen. Wir haben nun bereits seit 4 Jahren einen Grad von Arbeitslosigkeit, der zweifellos über das Grundniveau normaler Restarbeitslosigkeit hinausgeht. Woran liegt dies, und wie ist es zu beseitigen? Auch hier müssen wir den Lohn-Preis-Mechanismus explizit berücksichtigen, wenn wir zu Antworten kommen wollen, die der Realität einigermaßen entsprechen. Wir werden dabei dasselbe kleine Modell wie im vorhergehenden Abschnitt benutzen, es aber dynamisieren. Allerdings werden wir nur Gleichgewichts-Wachstumspfade betrachten und alle Ungleichgewichtssituationen beiseite lassen. Das ist deswegen möglich, weil das Modell, wie sich zei-

gen läßt, zu diesem Gleichgewichts-Wachstumspfad konvergiert. Wir wollen uns ja hier mit langfristigen Gleichgewichtszuständen, also mit Unterbeschäftigungs-Gleichgewichten befassen, und für diesen Zweck ist dieser Ansatz gerade richtig.

Der Lohn-Preis-Mechanismus soll wiederum wie in den Gleichungen (1) und (2) sein, wobei für die Parameter der Gleichung die Beschränkungen (1a) und (2a) wie bisher gelten sollen. Dann folgt für die Gleichgewichts-Inflationsrate:

$$(7) \quad p_t = p_0 (1+w_p)^t = A \cdot x_0^\gamma (1+w_x)^\gamma t,$$

so daß

$$(7a) \quad w_p = (1+w_x)^\gamma - 1 \approx \gamma \cdot w_x \text{ und } p_0 = A \cdot x_0^\gamma.$$

Die Inflationsrate ist bei diesem Lohn-Preis-Mechanismus also proportional zur Rate des realen Wachstums, wobei der Proportionalitätsfaktor  $\gamma$  wie in Gleichung (5) definiert ist. Analog erhält man für den Lohnsatz im Gleichgewichtswachstum für  $D=1$ :

$$(8) \quad l_t = l_0 (1+w_l)^t = \frac{1}{\nu} \cdot \frac{1}{\mu_K} \cdot \pi_0 \cdot p_0 (1+w_\pi)^t (1+w_p)^t,$$

so daß also

$$(8a) \quad l_0 = \frac{1}{\nu} \cdot \frac{1}{\mu_K} \cdot \pi_0 \cdot p_0 \text{ und } (1+w_l)^t = (1+w_\pi)^t (1+w_p)^t, \\ \text{oder } w_l \approx w_\pi + w_p.$$

Wegen (7a) kann man auch schreiben:

$$(8b) \quad (1+w_l) = (1+w_p)^{\alpha_1} \cdot (1+w_x)^{\alpha_2} \cdot (1+w_\pi)$$

$$\text{und } l_0 = \pi_0 \cdot \mu_L p_0^{\alpha_1} \cdot x_0^{\alpha_2}.$$

Die reale Nachfrage  $Y^{\text{real}}$  setzt sich aus der realen privaten Konsumgüternachfrage  $C^{\text{real}}$ , der realen privaten Investitionsgüternachfrage  $I^{\text{real}}$  und der Staatsnachfrage  $G^{\text{real}}$  zusammen. Für langfristiges Gleichgewichtswachstum ist vernünftig, die ersten beiden Nachfragearten proportional zur realen Produktion einzusetzen:

$$(9) \quad C_t^{\text{real}} = b_C \cdot x_0 (1+w_x)^t, \quad G_t^{\text{real}} = b_G \cdot x_0 (1+w_x)^t,$$

wobei  $b_C$  und  $b_G$  Konstante sind, mit  $b_G = t_\gamma + c_d$ . Hierbei ist  $t_\gamma$  die reale Steuerquote,  $c_d$  ist der Anteil des realen Budgetdefizits an der realen Gesamtproduktion. Die private reale Investitionsgüternachfrage ist als proportional zum Bevölkerungswachstum und zum Wachstum der Arbeitsproduktivität anzunehmen, wobei der Proportionalitätsfaktor vom Verhältnis des Reallohnsatzes zur Arbeitsproduktivität abhängt:

$$(10) \quad I_t^{\text{real}} = b_I \cdot \kappa \cdot (1+w_B)^t \cdot (1+w_\pi)^t,$$

$b_I$  eine positive Konstante,  $\kappa = \varphi(l/p \cdot z)$ ,  $\varphi' < 0$ ,

$z$  = reale Kapitalnutzungskosten

und  $l/\pi p z = \text{const.}$  im Gleichgewicht.

$z$  wird hier nicht erklärt und ist als exogen zu nehmen.

Wir identifizieren Produktion und Sozialprodukt und erhalten aus

$$x_t = Y_t^{\text{real}} = C_t^{\text{real}} + I_t^{\text{real}} + G_t^{\text{real}}.$$

$$(11) \quad x_t = x_0 (1+w_x)^t, \quad x_0 = \frac{b_I \cdot \varphi(l/\pi p \cdot z)}{1 - b_C - b_G},$$

$$1+w_x = (1+w_B) (1+w_\pi),$$

$$\text{also } w_x \approx w_B + w_\pi.$$

Die Gleichgewichts-Wachstumsrate der realen Produktion ist also approximativ gleich der Summe von Bevölkerungs- und Produktivitäts-Wachstumsrate. Das Niveau der Produktion hängt vom Verhältnis von Reallohn zu realen Kapital-Nutzungskosten ab, wobei der Reallohn noch zur Arbeitspro-

duktivität in Beziehung zu setzen ist.<sup>1)</sup> Das Produktionsniveau ist umso höher, je niedriger das Verhältnis von Reallohn (dividiert durch den Produktivitätsindex) zu Realzins ist, und ebenfalls umso höher, je größer die Defizitquote  $c_d$  ist, bei gegebener Steuerquote  $t_\gamma$ . Da bei Kostenminimierung der repräsentativen Firma gilt:  $x_t/L_t \pi_t = \psi(l/\pi p z)$ ,  $\psi' > 0$ ,  $\psi'' < 0$ , folgt für die Beschäftigung:

$$(12) \quad L_t = L_0 (1+w_B)^t = [x_0/\pi_0 \cdot \psi(l/\pi p \cdot z)] \cdot (1+w_B)^t \\ \text{mit } \partial L_0/\partial (l/\pi p \cdot z) < 0:$$

Das Beschäftigungsniveau ist umso höher, je niedriger das Verhältnis von Reallohn (bezogen auf die Arbeitsproduktivität) zu den Kapitalnutzungskosten ist. Die Beschäftigung wächst allerdings mit der gleichen Rate wie die Bevölkerung. Es besteht also keine Tendenz zu einer stets zunehmenden Arbeitslosenquote. Dagegen kann diese Arbeitslosenquote sozusagen beliebig groß sein. Wenn wir das Arbeitsangebot als

$$(13) \quad L_t^A = L_0^A (1+w_B)^t$$

im Gleichgewicht ansetzen, so kann die Arbeitslosenrate

$$(14) \quad u = (L_0^A - L_0)/L_0^A$$

sozusagen jeden Wert zwischen 0 und 1 annehmen. Nur wenn die Größe  $x_0$  und  $\pi_0$  geeignete Werte annehmen, d.h. nach (11): wenn  $b_I$ ,  $b_C$ ,  $b_G$  und  $l/\pi p \cdot z$  geeignete Wertekombinationen annehmen, hat man langfristig ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht. Von diesen Größen sind nur  $b_G$  über das Budgetdefizit  $c_d$  und  $l/\pi p z$  wirtschaftspolitisch zu beeinflussen. Nach (8a) ist

$$(15) \quad l/\pi p z = \frac{1}{\nu} \cdot \frac{1}{\mu_K} \cdot \frac{1}{z}.$$

$\mu_K$  und  $\mu_L$  stehen nach (8a) und (8b) in einer inversen Beziehung:

$$(16) \quad \mu_K = \frac{1}{\mu_L} \cdot \frac{1}{\nu} \cdot p_0^{1-\alpha_1} \cdot x_0^{\alpha_2}.$$

Das ist auch einsichtig: je größer die „Macht“ der Kapitaleigner, umso geringer die „Macht“ der Gewerkschaften.

Bei festen „Machtkoeffizienten“  $\mu_K$  und  $\mu_L$  und einer vorgegebenen Budgetdefizitrate  $c_d$  und festen Kapitalnutzungskosten (d.h. einem festen Zinsniveau)  $z$  ist, wie man aus (15) und (12) sieht, keine Vollbeschäftigung zu erwarten. Eine Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wäre reiner Zufall. Bei festem Zinsniveau  $z$  und vorgegebener Defizitrate  $c_d$  müßten sich  $\mu_K$  und  $\mu_L$  bei Über- oder Unterbeschäftigung derart ändern, daß am Ende Vollbeschäftigung eintritt. Dies trifft z.B. zu, wenn, wie in (1) angenommen,  $\mu_L$  eine Funktion der Arbeitslosenrate  $u$  ist, so daß die Lohnsteigerungsrate  $w_l$  mit höherer Arbeitslosenquote  $u$  genügend abnimmt. Dann würde nach (16) die „Macht“ der Kapitaleigner  $\mu_K$  entsprechend zunehmen und damit nach (15) das Verhältnis von realen Lohnkosten (bezogen auf den Produktivitätsstand) zu realen Kapitalnutzungskosten abnehmen. Dies führt nach (12) dann zu höherer Beschäftigung. Der gleiche Effekt ist nach (12) natürlich zu erreichen, wenn bei gleichem Machtindex  $\mu_L$  der Gewerkschaften das Zinsniveau und damit die Kapitalnutzungskosten angehoben werden, so daß die Arbeit relativ billiger wird. Dasselbe tritt nach (11) ein, wenn das Budgetdefizit  $c_d$ , also der Koeffizient  $b_G$ , groß genug wird. Damit würde allerdings die Staatsschuld stets steigen. Das ist solange tragbar, wie die Zinsrate kleiner ist als die Wachstumsrate des nominalen Sozialprodukts. Dann ist der Schuldendienst stets zu bewerkstelligen.

Wenn das Zinsniveau aus Gründen, die hier nicht erörtert worden sind (z.B. wegen der internationalen Kapitalbewegungen) nicht beliebig manipulierbar ist und wenn Budgetdefizite im erforderlichen Maße nicht ständig möglich sind (z.B. weil die Wachstumsrate des nominellen Sozialprodukts zu ge-

<sup>1)</sup> Diese Beziehung folgt aus der Kostenminimierung einer Unternehmung mit einer neoklassischen Produktionsfunktion. Dies kann hier nicht abgeleitet werden.

ring ist oder andere institutionelle Hindernisse dem entgegenstehen), so bleibt nichts anderes übrig, als den Lohn-Preis-Mechanismus zu ändern, um am Ende Vollbeschäftigung herbeizuführen. Man kann dies nach Gleichung (16) auch so ausdrücken: Die Lohnpolitik muß einen Monopolgrad  $\mu$  für die Kapitaleigner tolerieren, bei dem Vollbeschäftigung zustandekommt.

Damit ist dann auch das Verteilungsproblem angesprochen. Die Verteilung  $V$  des Sozialprodukts sei definiert als der Anteil des Lohneinkommens am Gesamteinkommen. Bei Berücksichtigung der Gleichungen (7), (8), (11), (12) und (15) erhält man hierfür:

$$(17) \quad V = \frac{l \cdot L}{p \cdot x} = \frac{l/\pi p}{\psi(l/\pi p z)}$$

Wegen  $\psi' > 0, \psi'' < 0$  hat man:

$$(18) \quad \frac{\partial V}{\partial (l/\pi p)} > 0:$$

Die Verteilung verbessert sich für die Lohnbezieher bei Erhöhung ihres Reallohnes.

Somit ist klar: wenn man Vollbeschäftigung durch geringere Lohnsteigerungsraten herbeiführen will, muß man Verteilungverschlechterungen in Kauf nehmen. Wer den Verteilungssatz für so wichtig hält, daß demgegenüber die Arbeitslosigkeit zurücktritt, hat in Wirklichkeit sich für Arbeitslosigkeit und gegen Vollbeschäftigung entschieden, ähnlich wie derjenige, der Preisniveausteigerungen für schädlicher als Beseitigung der Arbeitslosigkeit hält. Man sieht auch an (17), daß eine Erhöhung des Zinssatzes ebenfalls zu einer Verschlechterung der Verteilung für die Lohnbezieher führt. Bei einer Ausdehnung des Staatshaushaltsdefizits liegen die Verhältnisse aber anders: Die Verteilung ändert sich nach (17) langfristig nicht, da das Verhältnis der realen Lohnkosten zu den realen Kapitalnutzungskosten davon unabhängig ist. Dies gilt allerdings nur dann, wenn die Nachfrageausweitung auch langfristig zu keinem „Nachfragezug“ in dem Sinn führt, daß die Größe  $D > 1$  wird. Die Inflationsrate  $w_p$  wird von alledem nicht berührt. Sie hängt im Gleichgewichtswachstum bei gegebenem Wachstum des realen Sozialprodukts allein von den Parametern  $\alpha_1$  und  $\alpha_2$  in der Lohnfunktion ab (d.h. von den Preis- bzw. Produktionselastizitäten des Lohnsatzes), aber nicht von den Machtindizes  $\mu_L$  bzw.  $\mu_K$ . Bei langfristigem Gleichgewichtswachstum ist die Inflationsrate sozusagen gleichgültig (jedenfalls hier im Modell; Spekulationseffekte sind hier nicht berücksichtigt).

Die in der Überschrift gestellte Frage: „Ist Arbeitslosigkeit ein langfristiges Problem?“, kann man also wie folgt beantworten. Arbeitslosigkeit kann durchaus ein langfristiges Problem sein, wenn der Zinssatz und damit die realen Kapitalnutzungskosten und das maximal mögliche Budgetdefizit institutionell vorgegeben sind und der Lohn-Preis-Mechanismus auf Arbeitslosigkeit nicht systemgerecht reagiert, d.h., wenn das Verhältnis der realen Arbeits- zu den realen Kapitalnutzungskosten und damit die Verteilung sich bei Arbeitslosigkeit nicht genügend zugunsten der Kapitaleigner verändert. Langfristig besteht zwischen Arbeitslosigkeit und Verteilungverschlechterung für die Lohnbezieher eine ebenso unangenehme Wahl wie kurzfristig zwischen der Beschäftigung und steigendem Preisniveau. Arbeitslosigkeit ist ein großes Übel. Hierauf weisen die Gewerkschaften mit Recht

immer wieder hin. Dann allerdings muß man die Verteilungverschlechterungen, die zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit auf marktwirtschaftlichem Weg unvermeidlich sind, in Kauf nehmen, sobald die Grenze der Staatsverschuldung erreicht ist. Man muß ja beachten, daß nicht einmalige Budgetdefizite langfristig helfen, sondern nur eine ständige, laufend aufrecht erhaltene Rate des Budgetdefizits.

## 5. Zusammenfassung

Bei gegebenem Lohn- und Preisverhalten der Gewerkschaften und der Unternehmer kann kurzfristig Arbeitslosigkeit praktisch nur durch Nachfrageausweitung beseitigt werden, die stets auch zu einem höheren Preisniveau führt (den völlig unwahrscheinlichen Fall der Nichtreagibilität von Preisen und Löhnen,  $\gamma = 0$  in Abbildung 10, können wir außer Betracht lassen). Jetzt kommt es allein auf die Empfindlichkeit der Bevölkerung gegen Inflation an, ob nachfragesteigernde Maßnahmen der Regierung möglich sind. Führt eine Politik der Nachfrageausweitung nur in geringem Maße zu einer höheren Beschäftigung, hauptsächlich aber zu einem höheren Preisniveau, so wird eine Regierung, deren Existenz von der Zustimmung einer inflationsempfindlichen Bevölkerung abhängt, solche Nachfrageausweitungen unterlassen. In diesem Fall hilft nur eine Änderung des Preis- und Lohnverhaltens derart, daß die Löhne weniger empfindlich auf Preis- und Produktionssteigerungen reagieren (in Abbildung 10 sinkt  $\gamma$  dann). Dann wird es der Regierung möglich, mit Nachfragesteigerungen voranzuschreiten, ohne die Inflationsrate zu hoch zu treiben. Ein solches abgestimmtes Verhalten von Regierung und Gewerkschaften, wobei die Bundesbank mit den entsprechenden begleitenden geldpolitischen Maßnahmen Hilfestellung leisten kann, ist kurzfristig der einzig gangbare Weg zur Vollbeschäftigung, es sei denn, die Weltnachfrage würde als *deus ex machina* plötzlich stimulierend in Erscheinung treten. Aber darauf kann man sich nicht verlassen.

Leider gibt es bei festen Lohn- und Preisverhalten von Gewerkschaften und Unternehmern auch langfristig keinen Mechanismus, der Vollbeschäftigung herbeiführt. Bewußte Inkaufnahme ständiger Haushaltsdefizite und eine entsprechende Zinspolitik können zwar auch bei vorgegebenem Lohn-Preis-Mechanismus Vollbeschäftigung herbeiführen, wenn Regierung und Bundesbank eine entsprechende Politik treiben. Grenzen der Staatsverschuldung und Grenzen für die Zinspolitik können dies aber faktisch unmöglich machen. In diesem Fall bleibt auch langfristig nur das Mittel einer flexiblen Lohnpolitik übrig, durch das das Verhältnis von Arbeits- zu Kapitalnutzungskosten so verändert wird, daß Vollbeschäftigung möglich wird. Verteilungverschlechterungen sind dabei unvermeidlich. Ihnen sollte auf anderem Wege, z. B. durch eine Politik der gleichmäßigeren Vermögensverteilung, entgegengewirkt werden. Wie überall im Leben hat man auch in der Wirtschaftspolitik unangenehme Entscheidungen zu treffen. Wir leben nicht in der besten aller Welten. Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis menschlicher Verhaltensweisen, die auch geändert werden können. Man wird aber nichts erreichen, wenn eine Gruppe immer die Aktion nur von der anderen verlangt. Nur gemeinsames, abgestimmtes Verhalten der verschiedenen Entscheidungszentren, die bei uns auf die Wirtschaftspolitik einwirken, führt zum Erfolg.